

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorschick in Viebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich.

Stilberedaktion in Hochheim: Jean Lauer.

Bezugspreis: monatlich 1 Mk. einjährl. Druckerlohn. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: für die 6spaltige Zeile 100 Pfg. oder deren Raum 50 Pfg. Reklamezeile 100 Pfg.

N 2

Samstag, den 3. Januar 1920

Deutschland
Frankfurt (Main) Dr. 1920

14 Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 4.

Bekanntmachung

Über die Rohstoffübernahmepreise vom 24. November 1919.
Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung über Rohstoffe vom 16. März 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) werden unter Aufhebung der Bekanntmachung über die Rohstoffübernahmepreise vom 11. September 1918 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 216 vom 12. September 1918) die Höchstgrenzen für die Rohstoffübernahmepreise vom 1. Dezember 1919 ab wie folgt festgelegt:

1. Für frisches Rinderfett.
Rohstoffanfall von einem Schlachtkörper:
Preisklasse I von mehr als 15 Kg. 5.40 Mk für 1 Kg.
Preisklasse II von mehr als 10—15 Kg. 4.50 Mk für 1 Kg.
Preisklasse III von mehr als 5—10 Kg. 3.60 Mk für 1 Kg.
Preisklasse IV von 5 Kg. und darunter 2.70 Mk für 1 Kg.
2. Für die übrigen Rinder- und Schaffelle.
1. Frisches Schaffell 4.50 Mk für 1 Kg.
2. Nichtfrisches Rinderfett 1.50 Mk für 1 Kg.
3. Nichtfrisches Schaffell 1.50 Mk für 1 Kg.
4. Abfallfelle 1.50 Mk für 1 Kg.
5. Fettbraten und frisches trockenes Darm-
abschnidefett 3.60 Mk für 1 Kg.

Berlin, den 24. November 1919.
Der Reichswirtschaftsminister.
J. B. Dr. Hirsch.

Wird veröffentlicht.
Wiesbaden, den 23. Dezember 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B. Dr. Schmitt.

Nr. 5.

Bekanntmachung

Bei der am 14. ds. Mts. stattgehabten Wahl der Kreisratsabgeordneten sind gewählt worden:

I. Wahlbezirk der Städte.

1. Freudenrich, Reinhard, Noll, Rechtsanwalt, Nibelungenstraße 11; 2. Großer, Karl, Geheimeschreiber, Frankfurterstraße 22; 3. Scheller, Georg, Fabrikarbeiter, Dillstraße 6; 4. Stübgen, Otto, Lehrer, Hauptstraße 20; 5. Richter, Friedrich, Geschäftsführer, Hauptstraße 14; 6. Reuter, Karl, Schlichter, Dillstraße 10; 7. Bogt, Rudolf, Oberbürgermeister, Am Lustgarten 1; 8. Olier, Philipp, Fabrikdirektor, Wiesbadener Allee 52, sämtlich in Viebrich wohnend.

b. Hochheim.

1. Hoenlein, Wilhelm, Weinbaubehälter, Mainzerstraße 22/4; 2. Siegfried, Johannes, Gerber, Weinbühl, Adolfsstraße in Hochheim a. M.

II. Wahlbezirk der Landgemeinden.

1. Finkel, Wilhelm, Bierkellner, Bierstädter Höhe 76; 2. Schüller, Georg, Bierkellner, Adolfsstraße 1; 3. Feina, Wilhelm, Schreiner, Dillheim, Rheinstraße 45 (i. n. l.); 4. Wilhelm, Wilhelm, Maurermeister, Dillheim, Gerienstraße 2; 5. Werten, Erasmus, Erbenheim, Hundegasse 5; 6. Erue, Peter, Buchdruckereibesitzer, Erbenheim, 7. Schwarz, Andreas, Schiffer, Erbenheim; 8. Lang, Wilh., Landw., Erbenheim, Hauptstraße 11; 9. Wier, Richard, Geschäftsführer der Ortskrankenkasse, Erbenheim, Hauptstraße 10; 10. Pfeiffer, August, Baggermeister, Sonnenberg, Wiesbadener Straße 12.

III. Wahlbezirk 1.

1. Wugst, Rolf, Landwirt, Jaktadt; 2. Christ, Philipp, Landwirt, Hoppenheim; 3. Groß, Ludwig, Maurer, Weidenbach; 4. Simon, Philipp, Maurer, Nollbach.

IV. Wahlbezirk 2.

1. Müller, Jakob, Schreiner, Diebenbergen, Friedhofstraße 93; 2. Born, U., Wilhelm, Landwirt, Wollau; 3. Schulte-Deitrich, Otto, Gutsbesitzer, Weibach.

Wiesbaden, den 24. Dezember 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B. Dr. Schmitt.

Nr. 6.

Bekanntmachung

Entscheidung der hiesigen höchsten Rohstoffbehörde der Nassauischen Provinzialverwaltung, Höchst a. M., zum Teil infolge des Hochwassers des Rheins, verfüge ich hiermit, daß sämtliche Motorbetriebe — mit Ausnahme derjenigen, die für die Volksernährung notwendig sind, wie Mühlen, Bäckereien, Gas- und Wasserwerke, ferner Kraftwerke und Zementwerke — sofort stillgelegt werden und zwar vorläufig bis zum 15. Januar. Sollte dagegen die Rohstoffversorgung vorher besser werden, so daß der Motorbetrieb schon früher aufgenommen werden kann, so wird dies öffentlich bekanntgegeben. Ferner ist strengste Sparsamkeit im Gebrauche der elektrischen Beleuchtung anzufordern, da andernfalls zu befürchten ist, daß sonst die Lichter der Beleuchtung des Regierungsbezirks Wiesbaden vollständig gefährdet wird.

Hochheim a. M., den 30. Dezember 1919.
Der Bezirksverwalter des Herrn Reichskommissars
für die Rohstoffverwaltung: Kribben.

Auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers für Volkswirtschaft vom 5. November 1919, St. 4. 4876 und der Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten vom 16. Dezember 1919 Nr. 1. 18 A. 2063 hat der Kreisausschuss des Landkreises Wiesbaden durch Beschluss vom 22. Dezember 1919 mit Wirkung für die Städte und Gemeinden des Kreises außer Viebrich folgendes angeordnet:

1. Zur Unterbringung von Einzelpersonen ohne selbständigen Haushalt können bewohnte im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergrößen Wohnungen hinsichtlich einzelner für diese entbehrlicher und für die Abgabe passend geeigneter Räume auch dann in Anspruch genommen werden, wenn eine wirtschaftliche Abtrennung nicht möglich ist. Der Gemeindevorstand, Magistrat — Kreis — kann alsdann die wohnliche Ausstattung dieser Räume mit verfügbaren Einrichtungen gegenständlichen gegen angemessene Entschädigung verlangen.

Nach hinsichtlich solcher übergrößen Wohnungen ist eine Auskunfts- und Befragungsfrist gemäß § 3b der Wohnungs-mangelverordnung zulässig.

2. Alle Hausbesitzer bzw. ihre Stellvertreter haben jede Wohnung innerhalb drei Tagen, nachdem sie gekündigt ist oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Wohnungsamt anzuzeigen, auch wenn sie die Absicht haben, die Räume nicht mehr zu vermieten.

3. Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem der Gemeindevorstand (Magistrat) erklärt hat, daß er einen Wohnungssuchenden gemäß § 4 der Wohnungs-mangelverordnung für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß der Gemeindevorstand (Magistrat) sich erklärt hat. Dieser Vorbehalt gegenüber abgelaufenen Mietverträgen ist rechtsunwirksam. Vermieter, die dieser Vorbehalt gegenüberstehen, unterliegen der im § 10 der Wohnungs-mangelverordnung festgelegten Strafe.

Aus Gründen des Berufs oder mit Rücksicht auf am Orte oder in der Nähe wohnende Verwandte Ausgehende sind als Wohnungssuchende den Einheimischen gleichzustellen.

Gemeinden usw., welche Ausgehende vorbestimmter Art und Mithilfe aus den abgetretenen Gebieten den Einheimischen nicht gleichstellen, wird diese Ermächtigung nach Prüfung der besonderen Verhältnisse entweder in geeigneter Weise beschränkt oder entzogen werden.

Diese Anordnungen treten mit der Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Wiesbaden, den 23. Dezember 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B. Dr. Müller.

Nichtamtlicher Teil.

Die Friedensfrage.

Von dem Abg. Loh.

Paris, 31. Dezember. Der Oberste Rat der Alliierten trat heute morgen unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammen und hatte Beschlüsse an, der über seine Unterredung mit Herrn v. Berner Bericht erstattete, sowie General Berend, der über die Verhandlungen zwischen den alliierten Vertretern und der von Simon präsierten Delegation berichtete. Der Rat beschloß, daß alle Maßnahmen bezüglich des Inkrafttretens des Friedensvertrages vor dem 6. Januar, dem Tage, der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, getroffen werden müssen. Der Rat beschloß ferner, daß der Schutz der Angehörigen der Gebiete, in denen Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen, im Auslande derjenigen Macht zufällt, deren Vertreter der Abstimmungskommission des betreffenden Gebietes präsiert. Der Rat entschied, daß der Unterhalt der Besatzungstruppen in den Abstimmungsgebieten jeder an der Regelung teilnehmenden Macht obliegt. Die Niederhaltung der Kosten soll durch die Macht erfolgen, der das Abstimmungsgebiet zugeordnet ist. Sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages soll die deutsche Regierung die 192.000 Tonnen Schwammbock abliefern, zu deren unentgeltlicher Ablieferung sie sich verpflichtet hat. Der Rest des abzuliefernden Materials ist innerhalb einer Frist von 30 Monaten abzuliefern.

Amerika und der Friede.

Paris, 31. Dezember. Es bleiben nur noch einige materielle Fragen zu regeln. Der Ratsrat könnte morgen den Tag festlegen, an dem der Austausch der Ratifikationen stattfinden könnte. Am 6. oder 7. Januar werde, wie es scheint, also der Frieden in Kraft treten. Das Inkrafttreten des Friedens werde nicht mit einem Schläge alle Friedensprobleme lösen; also würden die neuen Fragen aufgeworfen. Namentlich werde man wissen müssen, ob es bei „alliierten und assoziierten Mächten“ bleibe oder ob man sich nicht weiter hand „alliierte Mächte“ nennen müsse. Bis jetzt sei der Friede von fünf Großmächten gemacht worden, den vier alliierten Ländern, die die Entente darstellten, und einem „Allies“ der amerikanischen Regierung. Um den Frieden zu vollenden und durchzuführen, werde die Zusammenarbeit der fünf Mächte anhalten. Oder werde man sich nur momentan der Mitarbeit Amerikas bedienen müssen? Das sei die Frage. Nun spricht das Wort nach dem die Lage durch, wie sie sich in Washington darstellt und erörtern, daß sowohl die Abstriche, als auch die rüstliche und russische Frage nicht gut ohne Amerika gelöst werden könnten. Es handle sich darum, zu wissen, ob man die Politik fortsetzen wolle, die zum Siege geführt und die aus Frankreich den Faktor einer englisch-amerikanischen Annäherung gemacht habe, oder ob man eine Politik an deren Stelle setzen wolle, die einzig und allein auf Verpflichtungen zwischen Frankreich und England sich aufbaue. Das Interesse selbst der französisch-englischen Freundschaft verlange, daß man nichts ohne Amerika tue. Die englischen, französischen und italienischen Ministerpräsidenten müßten sich an Amerika wenden und ihm sagen: Beeilt Euch zu ratifizieren, denn wir brauchen Euch. Jögert nicht zu ratifizieren, denn wir werden nichts Bestimmtes ohne Euch beschließen.

Paris, 1. Januar. (Havas.) Man meldet, daß die deutsche Delegation mittelste, daß der Präsident, Herr v. Berner, an einer Erkrankung leide und deshalb während einiger Tage keine Ausgänge unternehmen könne.

Paris, 1. Januar. Der „Teilt Parisien“ sagt, man erwarte die Antwort der deutschen Regierung in Betreff der schriftlich fixierten Zugeständnisse der Alliierten in der Scapa Flow-Angelegenheit. Der Generalsekretär Daula und Freiherr v. Berner hätten den 6. Januar nur als den möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages ins Auge gefaßt. Es steht aber heute schon fest, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des freitragenden Vermögensstandes der Abstimmungsgebiete wolle General Berend alle Fragen zu lösen, daß spätere Verhandlungen ausgeschlossen sind. Das sei ein weiterer Grund anzunehmen, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden nicht vor

dem 10., selbst dem 12. Januar, erfolgen dürfe. Im „Journal“ behauptet Saint Price, Berend glaube, etwa zehn Tage zu benötigen, um die vielen juristischen, administrativen und militärischen Einzelheiten für die Ueberleitung der Verwaltung in den Abstimmungsgebieten zu regeln.

Tages-Rundschau.

Neujahrskundgebung der Regierung.

Berlin, 31. Dezember. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler, folgende Kundgebung zum Neujahrstage zu veröffentlichen:

Im vergangenen Jahr wurde zwar das Chaos abgewehrt und die Einheit des Reiches erhalten und gestärkt. Indessen mußte unter dem Druck rücksichtslosen Zwanges ein Frieden geschlossen werden, der die Ehre unseres Volkes, seinen Wohlstand und die Früchte vergangener und künftiger Arbeit fremden Händen zu überantworten droht. Das heute beginnende Jahr muß entscheiden, ob die Deutschen trotz allem als Nation und Staat sich zu behaupten hoffen können oder durch inneren Hader, dem sich äußerer Haß zugesellt, im endgültigen Zusammenbruch auch die Hoffnungen ihrer Kinder legen müssen.

Diese Schicksalsfrage vor Augen, bitte ich heute alle, die sich Deutsche nennen, in der gemeinsamen Not die Kräfte zu schließen und jeder an seiner Arbeitsstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Neujahr zu tun.

Reichspräsident Ebert.

Die Kriegsverträge für die Verfassung.

Berlin, 31. Dezember. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler, folgende Kundgebung zum Neujahrstage zu veröffentlichen:

Der Geist, der in Zukunft in den Kriegsverträgen wirken soll, wird mit den Worten gekennzeichnet: „Fest entschlossen stehen wir auf dem Boden der durch die Nationalversammlung gegebenen Verfassung. Reaktionen, Bestrebungen sind uns ebenso fern, wie jeder parteipolitische Zweck. Alle unsere Liebe gehört dem Vaterlande. Für seine Wiedergeburt stehen wir mit unseren Kräften ein.“

Ein Gehörwunsch über die Aufwandsbekämpfung. Der als Ergänzung zum Reichseinkommensteuergesetzgesetz gedachte Gehörwunsch über die Aufwandsbekämpfung soll nahezu fertiggestellt sein. Von einer gewissen Einkommensgrenze ab soll der übermäßige Aufwand, durch den eine Kapitalbildung verhindert wird, mit einer über die Besteuerung des Vermögenswachses nach dem Vermögensverhältnis hinausgehenden besonderen Steuer belegt werden.

Ein Gehörwunsch über die Aufwandsbekämpfung. Der als Ergänzung zum Reichseinkommensteuergesetzgesetz gedachte Gehörwunsch über die Aufwandsbekämpfung soll nahezu fertiggestellt sein. Von einer gewissen Einkommensgrenze ab soll der übermäßige Aufwand, durch den eine Kapitalbildung verhindert wird, mit einer über die Besteuerung des Vermögenswachses nach dem Vermögensverhältnis hinausgehenden besonderen Steuer belegt werden.

Berlin, 31. Dezember. Die der Stempelvereini-gung angehörenden Banken und Bankfirmen, nämlich die Bank für Handel und Industrie, die Berliner Handelsgesellschaft, S. Wiedemann, Commerz- und Diskontobank, Debitur, Schiller u. Co., Deutsche Bank, Direktion der Diskontogesellschaft, Dresdner Bank, Deutsche u. Co., Harz u. Co., G. m. b. H., Handelsbank u. Co., Mitteldeutsche Kreditbank und Nationalbank für Deutschland legen ihre Kundchaft in Kenntnis, daß die bekannte Einordnung der Verhältnisse im Bankwesen sie nicht, die auf ihnen ruhenden, ständig steigenden Kosten durch Erhöhung der Geschäftsbedingungen wenigstens teilweise auszugleichen und daß sie sich daher gezwungen sehen, vom 1. Januar ab die Schecks mit einem Prozentsatz über dem Bankdiskont der Reichsbank, mindestens aber mit 6 Prozent zu berechnen.

Berlin, 31. Dezember. Der „Vorwärts“ bestätigt die Nachricht auswärtiger Blätter, daß Scheidemann bei der Staatsanwaltschaft Berlins den Antrag stellte, ein Verbot gegen ihn selber wegen der Beschuldigung einzuleiten, er habe eine Verabredung auf den Tod Reichsrichters und Rosa Luxemburgs ausgeführt. Der Staatsanwalt hat dem Antrag entsprochen und ein Ermittlungsvorgehen eingeleitet.

Berlin, 1. Januar. Unter der Überschrift: „Ein Schritt Scheidemanns“ meldet der „Vorwärts“, daß Scheidemann nicht ein Verbot gegen sich, sondern gegen den gegenwärtig im Ausland befindlichen Sonnenfeld, der i. St. den Fall Schwarz-Paras aufzuklären, beantragt hat, um diesem Gelegenheit zu geben, seine Behauptung über die angebliche Auslegung einer Verabredung zur Ermordung Reichsrichters und Rosa Luxemburgs vor Gericht zu beweisen.

Berlin, 31. Dezember. Camille Huysmans steht im „Peuple“ die Artikelreihe über die internationale Lage fort und sagt: Der Friedensvertrag von Versailles wurde unter der Voraussetzung gemacht, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands die Rettung für Frankreich, Belgien und England bedeute; jetzt stellt man aber, daß der Ruin Deutschlands den Ruin Frankreichs, Belgiens und Englands nach sich ziehen würde. Heute seien die bedeutendsten Finanz- und Wirtschaftspolitiker der Entente gezwungen, daß die alliierten Nationen Deutschland Betriebsmittel und Rohstoffe liefern müßten und daß man die Industrie, den Handel und die Finanzen Deutschlands wieder aufrichten müsse, wenn man sich selbst vor dem Zusammenbruch retten wolle. Zwischen der Lage Deutschlands und der Lage Belgiens, Frankreichs und Italiens sei nur ein Gradunterschied: wenn sich nämlich die Krise vertiefte, werde man sich in weniger als sechs Monaten in einer ähnlichen wirtschaftlichen Lage befinden. Allgemein erkenne man jetzt an, daß die deutsche Wareninfuhr das einzige Mittel sei, den Wirtschaftswiederaufbau zu fördern, die Lebensnotwendigkeit herabzubringen und das wirtschaftliche Leben wieder aufzurichten. Aber um von Deutschland einzuführen, müsse man Deutschland erlauben, anzuführen, d. h. zu produzieren.

Die deutsche Regierung und der Kriegsausbruch.

Um das kaisersche Sensationsbuch ist viel Geschrei gemacht worden, obwohl es wegen seiner Verleumdungen und dem

manganden historischen Sachlichkeit im Grunde keinerlei Beachtung verdient. Nachdrücklich nur von wenigen geleitet werden wird um seiner sachlichen Schlichtheit willen ein Wertchen, das sich die Aufgabe wie Kunstwerk gestellt hat und mit musterhafter Nachtreue der Überlieferung gesehene ist. Es ist im Verlage von Julius Heringer erschienen, der Greiswalder Preisbroschüre der Geschichte Dr. Richard Wolff hat es verfaßt. Es trägt die Überschrift: Die deutsche Revolution und der Kriegsausbruch. Wolff will lediglich den Zustand feststellen und die Beweggründe der handelnden Staatsmänner zu verstehen suchen.

Ueber die Unzulänglichkeit des Urkundenstoffes ist auch Wolff klar. Als ersten großen Fehler der Berliner Regierung bucht er die Vorkriegsmacht, die sie auf Grund des Nordens von Serajewo der österreichisch-ungarischen Regierung erteilte. Dadurch wurde der zur Verteidigung geschlossene Bund der beiden Mächte für die bald darauf folgende Revolution in einer Verfassung, ungeachtet ihrem Ausdrucksdruck zu lösen. In Berlin sagt man nicht hochachtungsvoll, treibt dort an und brennt im Ausland, gerät in den Verdacht einer Politik mit doppeltem Boden und erntet die verhängnisvolle Frucht, als der geistige Urheber des Weltunglücks angesehen zu werden. Man glaubt nicht an den Ernst Rußlands und betrachtet bis zur Nothzeit den Gedanken der Selbstlieferung, während die Welt einfließt, daß das bei der herrschenden Völkergroupenpolitik Dreibund-Verband eine Unmöglichkeit ist. Der einflussreichste Mann im Lager des Dreibundes ist der Fürst Vichnowski, der in Berlin über die Kaiser angeht, dessen Berichte, weil sie unvollständige Wahrheiten zeigen, dem Kaiser nicht immer vorgeliefert werden. Zu spät reißt dem langmütigen Kanzler Wien gegenüber die Geduld, er wird das Reich nicht mehr los, in das hinein er sich in einer Überstimmung des Begriffs der Völkergroupenpolitik verstrickt hat. Besonders verhängnisvoll zeigt sich das bei der Verhandlung Italiens: unendlich zu Beginn, als man dem Bundesgenossen entgegen dem Dreibundvertrage nicht Mitteilung macht, was gegen Serbien beschlossen worden ist und sofort werden soll, drückt man zu spät auf Wien, um durch Zugeständnisse territorialer Art die Unterstützung Italiens zu erlangen, ist man am Ende erkrankt, daß man neutral bleibt — der folgenschwerste Fehler der deutschen Politik. Das uneliche System der balance of power treibt mit Unzulänglichkeit zur Katastrophe und bewirkt zudem, daß jeder der Beteiligten sich schuldlos fühlt und im andern den Schuldigen sieht. Der barte Kriegsausbruch in Wien und Petersburg macht alle Friedensbemühungen in Berlin und London zu Fanden. Der beginnende Weltkrieg über den Deutschland durch Österreich-Ungarns Verhalten auf sich nimmt, wird aus militärischen Notwendigkeiten mit einem nicht mehr wieder auf zu machenden diplomatisch-politischen Schuldlos durch die Verletzung der belgischen Neutralität bestraft. In Deutschland glaubt man beweisen zu können, daß die russische Robottmachung den Stein des Unglücks ins Rollen gebracht habe, daß man in Petersburg das Ergebnis der deutschen Vermittlung nicht habe abwarten wollen; dem deutschen Kaiser wird vorgeworfen, er habe das vom Jaren gegebene Ehrenwort nicht befolgt. Die Bundesgenossen fallen nach dem ersten Schusse ab, und fast die ganze Welt schließt sich zusammen gegen die beiden Kaiserreiche der europäischen Mitte. Summa summarum: Allzu strenge Aufstellung der Bundesgenossen verleitet den Bundesgenossen zu einer Abenteuerpolitik, weil er annehmen darf, daß man auf jeden Fall zu ihm stehen werde; als nächste es so sein, reihen dann die Wiener Staatsmänner in schließlicher Dankgefühl den treuen Bundesgenossen mit an den Abgrund und in den Abgrund hinein als ihr schuldlos Scheinende stürzt die deutsche Politik das eigene Land und mit ihm die gesamte Welt, wiederum, weil sie treu ist und bleiben will um jeden Preis, obwohl die Wiener Staatskunst, hinterhältig in die in verhängnisvollen Wachen oft auch dem einzigen Freunde gegenüber, wohl verdient hätte, daß eine entscheidende Sprache ihr zuerufen hätte: „Bis hierher und nicht weiter!“ Eine Tragik mißverständlicher Bundesgenossen.

Das uneliche ist das Ergebnis, zu dem der Greiswalder Historiker gelangt. Es würde sehr zu wünschen sein, daß dieses kleine, unvollständigen Werke in recht viele Hände gelangt. Freilich ist es, mit seinem Worte funktionell, wie das staatsrechtliche Werk, und was heute nicht Seriationswert hat, behauptet sich nur mit Mühe.

Konstantinopel.

my Paris, 31. Dezember. Hapas. Der „Matin“ schreibt, daß in der Frage des Schicksals Konstantinopels und der Westengen der englische Standpunkt feststeht. Es scheint sicher zu sein, daß der Epa der osmanischen Regierung nach Wien verlegt werde, entweder nach Brüssel oder Rom. In Ausführung des Programms, das 1917 von den Alliierten aufgestellt worden ist und in dem man die Vertreibung der Türkei aus Europa vorsehen hat, die der abendländischen Zivilisation entschieden feind sei.

my Paris, 31. Dezember. Das „Journal des Debats“ sagt in Anspielung auf die Meldung des „Matin“ betreffend Konstantinopel, es sei in der Tat möglich, daß Lord George bei der Prüfung der Probleme, die durch das neue für die Westengen vorgesehene Komitee aufgeworfen worden, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf gewisse Schwierigkeiten gelenkt hat, die in der Zukunft aus der Beibehaltung Konstantinopels als Hauptstadt des osmanischen Reiches erwachsen könnten. Wie auch das Ergebnis der nächsten in Paris stattfindenden Beratungen sein mag, so hat es nicht den Anschein, als ob heute schon das Prinzip der Souveränität der Türkei über Konstantinopel aufgegeben worden sei. Auf jeden Fall scheint die erwähnte Meldung verfehlt zu sein. Lord George und Ali werden im Laufe der nächsten Wochen in Paris erwartet, und endgültige Beschlüsse können erst getroffen werden nach den Besprechungen, in welchen jede der drei an der Entscheidung der Frage interessierten Mächte ihren Standpunkt darlegen werden.

Paris. Der „Matin“ schreibt: Nachrichten aus London ist zu entnehmen, daß die Frage von Konstantinopel und den Dardanellen geregelt ist. Danach scheint es, daß der Epa der osmanischen Regierung nicht mehr in Konstantinopel sein, sondern nach Athen verlegt wird und zwar nach Brüssel oder Rom.

Kleine Mitteilungen.

my Saarbrücken. Wie die „Saarbrücker Ztg.“ meldet, soll am 15. Januar ein Kommissar nach hier kommen und bis zum 1. März die Regierungskommission hier eintreffen, die die Verwaltung des neuen Saarlandes übernimmt.

my Saarbrücken, 31. Dezember. Der Oberste Verwalter des Saargebietes, General Kinkel, hat die Einführung der Berliner Wochenchrift „Berliner Presse“ verboten, weil sie in ihrer Nummer 47 eine verleumdende und lächerliche Nachricht über die französischen Truppen verbreitet habe.

Alten. An den Reichstagskammer Baur hat Abgeordneter Dr. Meierfeld folgendes Telegramm geschickt: Die neuen Beamtenzulagen sind im belchsten Gebiet ganz unzureichend, weil sich Preise aller Bedarfsartikel immer mehr nach Unzulänglichkeit der Ausländer richten. An Hebelkraft der sehr schwierigen Verhältnisse bitte dringende Berücksichtigung zu erwägen.

my Bielefeld, 31. Dezember. (Westdeutscher Zeitungsdienst.) Der neue Regierungspräsident der Provinz Westfalen, Reichsanwalt Herr Ober, hat vorangegangenen Montag die Regierung übernommen. An seinen vorläufigen Mitarbeiter hat er, nachdem die Westfälischen Kreise und v. Breitenbach nicht die Festigung der Gemeindefürsorge erhalten haben, Oberamtsrichter Joesch-Roselben und Bürgermeister Schmidt-Bielefeld ernannt. Oberamtsrichter Joesch vertritt auch vorläufig den erkrankten Präsidium.

my Sülzart, 31. Dezember. Laut „Wirtur“ hat die Zivilkammer des Landgerichts die Verhandlung über die Einsprüche des Kaisers gegen die Veröffentlichung des dritten Bandes von Wisnards Erinnerungen auf den 30. Januar verlegt.

Dresden. Admiral von Pohl, der frühere Chef des Admiralgabes und Vizeadmiral, wird gleichfalls mit Erinnerungen auf dem Bismarckmarkt erscheinen und zwar mit einem Werk, das den Titel tragen wird: „Aus Aufzeichnungen und Begebenheiten während der Kriegszeit.“ Pohl tritt in diesem Werke namentlich Leipzig entgegen.

my Berlin, 31. Dezember. Die „Börsen-Zeitung“ teilt mit, daß der Verlag Haffner u. Co. demnächst eine wertvolle Uebersetzung der 75 Handgeschriebenen Kaiser Wilhelm an den Kaiser Nikolaus als Buch herausgeben wird. Die „Börsen-Zeitung“ beginnt am 1. Januar mit der Veröffentlichung eines der wichtigsten Dokumente, durch die gleichzeitige deutsche Veröffentlichung hofft man, einer tendenziösen Verzerrung der Briefe im Ausland vorzubeugen.

my Berlin, 31. Dezember. Der „Börsen-Zeitung“ meldet aus München: Der Personenvorkehr auf der Eisenbahn in Bayern wird am Neujahrstage, am Tage der Heiligen drei Könige u. den ersten beiden Sonntagen des Jahres wegen Kohlenmangels eingestellt.

my Paris, 31. Dezember. Der „Temps“ schreibt zu der Finanzrede des Ministers Rich in seinem heutigen Bericht, daß die Aussichten, die sich jetzt in Deutschland eröffnen, nicht allzu düster seien. Weiterhin meint das Blatt, es sei die höchste Zeit, daß der Friedensvertrag in Kraft trete, damit sich endlich die alliierten Regierungen mit der deutschen Regierung in Verbindung setzen, um die Maßnahmen zu treffen, die die wirtschaftliche Aufregung Deutschlands und seine Zahlungsfähigkeit sicherstellen.

my Mailand, 31. Dezember. Der „Secolo“ nimmt an, daß Risi am 4. Januar nach London reisen wird. Er wird Lord George besuchen, mit dem er über politische und wirtschaftliche Fragen, die für Italien von größtem Interesse sind, sprechen wird. Risi und Lord George werden sich hierauf nach Paris begeben, um an der Konferenz der alliierten Regierungschefs teilzunehmen.

Hans Habsburg hat ausgespielt. Das „Neue Wiener Journal“ bringt ein Interview mit dem Staatssekretär im ungarischen Ministerium des Inneren Dr. Kovacs über das Schicksal Ungarns. Es heißt darin: Wir streben die Wiederherstellung des ungarischen Königstums an. In der Wahl des Herrschers befindet sich die Gänze, welche die Wiederherstellung der Habsburger auf das energischste unterstützt. In vollstem Einmütigkeit mit der ungarischen Nation, die für die Habsburger nichts mehr übrig hat.

Aus Stadt, Kreis und Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Auf die Theater-Vorstellung „Katharina“ am Sonntag, den 4. Januar 1920 im Saalbau zur Krone sei nochmals eingehend hingewiesen. Aus dem schon veröffentlichten Programm ist ersichtlich, daß für die Schauer einige spannende Stunden zu erwarten sind. Bemerkenswert sei noch, daß das Stück bereits in Gießen und Hattenheim mit großem Erfolg aufgeführt wurde und von der dortigen Bevölkerung zum zweiten Mal verlangt wird.

Der hochheime Jünglingsverein Hochheim feiert am Sonntag, den 4. Januar sein Stiftungsfest mit Theateraufführungen. (Näheres siehe heutige Anzeigen.)

my Ueber die Wahlen zu den Elternbeiräten erfahren wir aus dem Ministerium für Volksbildung, Kunst und Kultusbildung: Die Zeitungsberichte, wonach das Ministerium den Wahltag angelegt hat, treffen nicht zu. Abends 2 der Wahlordnung besagt, daß der Wahltag von der Schulinspektorenbehörde festgelegt und bekannt gemacht wird. Demzufolge haben die Regierungen und Provinzial-Schulinspektoren die Aufgabe, für die unterstellten Schulen diese Festlegung zu machen. Uebrigens wird das Ministerium die Regierungen und Provinzial-Schulinspektoren anweisen, den Wahltag in der ersten Märzwoche zu verlegen, um eine geordnete Vorbereitung der Wahl zu ermöglichen. Wo bereits ein früherer Termin festgelegt worden war, wird die Wahl verschoben.

Viebrich, den 2. Januar 1920.

Vom Hochwasser.

* Das Wasser fällt! Ueber Neujahr ist ein erheblicher Rückgang eingetreten. Die Sorge, die das immer weitere Steigen bei den Anwohnern hervorrief, ist gebannt. Zwar war schon am Mittwoch ein geringer Rückgang eingetreten, aber der dann ankommende Stillstand ließ die Befürchtung zu, daß eine erneute Zunahme eintreten könne. Das war aber zum Glück nicht der Fall. Bis Donnerstag mittag betrug der Rückgang schon 15 Zentimeter, also eine Abnahme von 5,35 auf 5,20 Meter. Ueber nacht ist es um weitere 5 Zentimeter gefallen, so daß heute vormittag die Wasserhöhe nur noch 5,15 Meter beträgt.

Einen ganz ungeahnten Umfang nahm am Neujahrstag nachmittag der Verkehr am Rheimer an. Ein wahrer Menschenstrom ergoß sich besonders von Wiesbaden her durch unsere zum Rhein hin fahrenden Straßen. Wohl selten sind so viele Menschen durch die Rathaus- und die Wiesbadener Straße gemandert, wie gestern. Am Vorday lag die eine Menschenmenge, durch die man teilweise kaum hindurchkommen konnte. Eine gewaltige Festlichkeitsparade mußte die vor dem Hotel Kaiserhof errichtete Festbrücke aushalten. Die Zahl der Menschen, die sich gestern nachmittag hinüber und herüber schoben, beträgt — ohne Ueberschätzung — viele Tausende. Ein jeder wollte einmal hindurchgehen. In diesem Zuge fand man geschäftigste Arbeit, um lauch einmal drängungsvoll. Mehrere Polizeibeamte nahmen den Verkehr über die Brücke regeln, sonst hätte es das tollste Durcheinander gegeben. Dieser Menschenstrom hat die in die Abendstunden unermindert an. Beim Dunkelwerden begann ein wahrer Kampf um einen Platz in der Straßenbahn, der zum Teil recht rohe Formen annahm. Doch obwohl Sonderzüge eingelegt wurden und obwohl Tausende schon gleich den Weg nach Wiesbaden zu Fuß zurücklegten, konnten nicht alle mitkommen und so mußten sich noch viele weitere zum Fußmarsch entschließen.

Unter den Folgen des Hochwassers haben auch die Fabriken, sowohl die nach Amöneburg hin wie die nach Schierstein hin liegenden, zu leiden. Das Wasser, teilweise das Grundwasser, ist in die Fabrik- und Kesselräume eingedrungen und machte deren Auspumpen nötig.

Wie hoch die Reibergschanze vom Wasser überflutet war, ist daraus ersichtlich, daß Herr P. C. von hier die Fahrt im Nachen von dem Wirtschaftsgelände der Pferdenachschmiede bis in Höhe gegenüber dem Zollamt mitten durch den Wald der Elbe zurücklegen konnte.

In einer Schilderung der Hochwasser-Kalamität im Rheingau vom 20. Dezember heißt es: Die sonst so schöne Rheingauerstraße Mollat-Eltville steht unter Wasser. In Eltville schoben die Weiden gegen die Gartenmauer der Burg Graf, in Erbach mußten am Rhein Bauarbeiten gebaut werden. Zwischen Erbach und Hattenheim stieß das Wasser an der Staatschloße. Wo sich in Hattenheim sonst die Gärten tummeln, stürmt sich das Treibholz an. Einen schaurig-schönen Bild geniesst man von der Hotelterrasse in Eltville: vor sich ein einziger See, bis hinunter zum Rindeser Weid. Freilich scheint das Wasser im See zu stehen; Mittelheim-Winkel erscheinen hinter nächsten Weiden.

Ueber das Hochwasser im Jahre 1882 gibt die „Börsen-Zeitung“ folgende Meldung aus Mainz vom 27. Nov. 1882 wieder: Heute morgen um halb 8 Uhr strömte das Wasser vom Rhein kommend mit solcher Macht in das städtische Pumpwerk, daß die Feuer der Dampfessel erloschen und daransich die Maschinen stillstanden. Das Wasser stand an dem Wasser mit ungeheurer Schnelligkeit durch die Einstiegsröhre der Kanäle in die Straßen. Kaum eine Stunde später waren die Vöhrtrahen, der größte Teil der Rheingasse, die Schloßgasse, Eltville, Heugasse, Stallgasse, der Triller, die Schloßgartenstraße fasthuch unter Wasser gelegt, und die im Erdgeschloß Wohnenden wurden von den Fluten überdeckt, so daß die Möbel in den Räumen umhergeschwammen. In einzelnen Straßen nahmen sämtliche Erdgeschloßwohnungen geräum werden und an manchen Häusern reichte die Flut bis zum ersten Stock. Der Brandplatz war beladene wolla überflutet und auf dem Viehweidenplatz reichte das Wasser bis zur Seilergasse. Der Schloßplatz war zur Hälfte überflutet. Auf der Straßen Brücke drang das Wasser an der Klarastraße aus dem

Boden. In Rombach, Kottheim, Bodenheim lag es entsehligh aus; in Bodenheim und in Kottheim lagerten mehrere Häuser ein. Von Girsheim bis Oppenheim lag das Wasser nur eine einzige Handbreite. Am 29. November 1882 glaubte man sich schon, das Wasser sei im Fallen begriffen; es ging um 60 Zentimeter zurück; aber die Ursache? — Dann brach bei Bodenheim und Rombach ein schnellerer Rückgang. Während in der Stadt das Wasser zurückging, stieg es im Gartenfeld umso schneller. Ein Brandlicher Brand mußte sich durch den Dammbruch von dem Rheimer in die Ebene. Viele Bewohner des Gartenfeldes verloren ihr Hab und Gut. Der überflutete Teil des Gartenfeldes bot ein Bild des Jammers.

Im neuen Jahre! Der Uebergang vom alten ins neue Jahr vollzog sich diesmal außerordentlich in derselben Weise, wie wir es früher gewohnt waren. Wie sonst, so erwartete man auch diesmal das neue Jahr im Kreise der Familie oder in größerem, geselligen Kreise. Wo man es irgend konnte und wo man auf das Glück nicht zu sehen brauchte, da sah es auch wieder den Silvesterpunsch, wer es nicht konnte, beschloß sich ohne ihn. Die Jugend trieb während des Abends mit Fröhen und Vergleichen wieder ihren Unfug. Als die Turnstunden die Mittagsstunden schlugen und feierlichen Gottesdienste erklangen, dem alten Jahr zum Abschied und dem neuen zum Willkommen, da öffnete sich die Fenster und laute Frohsinn-Aufschrei erschallen herüber und hinüber. Da und dort klangente bengalische Licht auf und lauchte die Häuser im roten Schein. In den Klang der Glocken mischten sich die Choral-melodien, die der Polsterchor der Männer- und Jünglingsvereine von der Plattform des evangelischen Pfarrhauses erklangen ließ, womit eine alte, fest festgelegte nicht mehr geübte schöne Sitte wieder auflebte. Die milde Zeit und die mondheile Nacht stieg viele hinausgelockt in die Umgebung des Pfarrhauses, wo sie den Klängen der Musik lauschten. Als der letzte Ton verklungen und auch die Glocken verstummt waren, ward es schnell wieder still auf den Straßen. ... Nun sind wir im neuen Jahre. Was es auch bringen mag, wir müssen uns damit abfinden. Noch ist der Frieden, auf den wir uns die ganze Welt wartet, nicht abgeschlossen, noch stehen sich viele Tausende deutscher Männer vergeblich nach der Heimat, noch erschaffen wir nicht in vollem Umfange all die Folgen, die der Friedensvertrag uns auferlegt, oder wie sehr das deutsche Volk auch niedergedrückt werden mag, wie sehr es auch mit Widerwilligkeit noch zu kämpfen haben wird, so sind wir doch sicher, daß es nicht unüberwindlich ist. Undem es seine Hoffnung auf die Gerechtigkeit des Weltgerichtes setzt, vertraut es auf die ihm innewohnende Kraft, die alle Leiden der Jahrhunderte fleischlich überhand und die auch das Schwerk, das ihm in Zukunft noch beschiden sein mag, überwinden wird.

* Die Uallite der Kinder, die im fahrende Wagen zu hängen, hatte vorgestern einen Unfall zur Folge. Zwei Knaben hingen sich an ein in der Richtung Wiesbaden fahrendes Fuhrwerk. Ein französischer Motorfahrer kam in entgegengekehrter Richtung gefahren und gab ordnungsgemäß laute Signale. Die beiden Jungen sprangen vom Wagen ab und wollten nach dem Baireckel laufen. Hierbei wurde der 10jährige Schüler Franz Kreis von dem Motorrad erfasst, zu Boden gemorrt und verletzt. Der Soldat konnte den Unfall trotz sofortiger Beirathung der Bremse nicht verhindern. An unerwarteter Weise brachte der Motorfahrer den Jungen in die nachfolgende Sektorei hinein, wo dem Verletzten ein Verband angelegt wurde. Durch Bräunung wurde der Junge in die elterliche Wohnung gebracht.

my Der Westdeutsche Zeitungsdienst meldet (unter Zusammenstellung der bereits bekannten Tatsachen): Die angeordnete Wieder-einführung der mitteleuropäischen Zeit für das deutsche Gebiet wird noch einem Beschluß der internationalen Rheinlandskommission kurz nach Eintritt des Friedenszustandes erfolgen. Für den Eisenbahnbetrieb bleibt bekanntlich die westeuropäische Zeit maßgebend. In der Praxis ergibt sich aber nur ein Unterschied bis zum 1. Februar, da von diesem Tage an in Frankreich die Uhr um eine Stunde vorgeführt werden soll.

my Wiesbaden, 31. Dezember. Der Westdeutsche Zeitungsdienst meldet: Die französische Militärbehörde verläßt die Gewerbeaufsicht, weil er Obermeister aufzuerheben, in ihrer Heimat an der Abkündigung teilzunehmen. In verschiedenen Wohnungen von Oberlehrern wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Daraus resultierte wurde nach den Mitteilungen des Bereichs der Oberlehrer gesucht. Einige Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

Am 23. Dezember feierte die ehemalige Oberhofmeisterin Baronin v. Frey hier ihren 90. Geburtstag. Sie war schon bei der Herzogin Pauline Hofdame und nach deren Tod ununterbrochen Oberhofmeisterin bei der Herzogin Elisabeth von Nassau. Die Jubilarin hat sich auch in der Schriftstellerei, und zwar besonders auf dem Gebiete des Märchens, betätigt. — Im Dezember waren es 100 Jahre, daß Franz 2. die Krone erlangte. Abt hat seine letzten Jahre im Kaiserreich verbracht und ist auf dem Nordfriedhof in Wiesbaden beigesetzt. Er ist der Dichter des unergänzlichen Liedes: „Wer hat dich, du schöner Wald, aufgedacht so hoch da droben.“ Eine Tochter Abts lebt noch jetzt in Wiesbaden.

me Festgenommen wurde durch die Kriminalpolizei ein hiesiger Schloffer, sowie eine Kellnerin, welche zusammen mit einem in Wiesbaden ebenfalls festgenommenen Mann aus Kottheim letzten Sommer in einem Landhaus in Kottheim eingeschlossen hatten. Es haben dabei 20.000 Mark in bar und Wäsche, silbernes Taschengeld und Kunstgegenstände in hohem Werte gestohlen. — Als erste Sache wird gelegentlich der bevorstehenden Tagung des Schwurgerichts am 12. Januar verhandelt gegen den Arbeiter Anton Kossella aus Wintal wegen Straßenraubes.

— Nassauisches Landestheater. Am Samstag gelangt (Ab. 4) „Rigoletto“ zur Aufführung. In der Titelrolle gastiert Julius Schwarz, ein Bruder des rühmlichst bekannten Kammerlingers Joseph Schwarz, am Anstellung. Den Herzog singt zum erstenmal Herr Bach, neu besetzt ist ferner die Partie des Sparatuc mit Herrn Kossella.

Hochst. Laut Bekanntmachung des Vertrauensmannes des Reichstages für Kohlen müssen sämtliche Kraftbetriebe den Bezug elektrischer Energie vorläufig bis zum 15. Januar 1920 morgens 11 Uhr einstellen. Sollte sich die Befreiung der Kraftwerke mit Kohlen im Laufe dieser Zeit derart bessern, daß die Kraftbetriebe wieder Strom entnehmen können, so wird dieses rechtzeitig bekannt gegeben.

Frankfurt. In der Offenbacher Landstraße wurde ein älteres Ehepaar tot in seiner Wohnung aufgefunden. Es hatte die Schloßung des Gashahns veranlaßt und erlitt infolgedessen den Tod durch Gasvergiftung. — Die 33jährige Arbeiterin Anna Schmidt, Sonngasse 21, wurde an Gasvergiftung tot, ihre beiden 6 und 9 Jahre alten Kinder schwer erkrankt aufgefunden. Die Gasvergiftung ist in diesem Fall auf einen defekten Gasautomaten zurückzuführen. — Auf einem Kohlenladeplatz im Offenbach wurde der 43jährige Arbeiter Johann Dehner, Reugasse 20, von einem abstürzenden Kohlenkreisel erschlagen. — Der am ersten Weihnachts-tag von Einbrechern durch sieben Schloß schwer verletzter Hausmeister Karl Wehmann ist im Heiligschloßhospital gestorben. Auch der Althändler Jakob Weber, der vor zwei Wochen in seinem Geschäftstotal von einem Räuber mit einem Hammer niedergeschlagen und dann beraubt wurde, ist dort seinen Verletzungen erlegen.

— In der Münchener Stadtentscheidung wurde mitgeteilt, daß der Verleihen ausföhrlich nach reiflicher Prüfung der eingelaufenen 22 Bewerbungen zu der Ausföhrung gelangt sei, daß der zweite Bürgermeister der Stadt Frankfurt a. M., Dr. Hermann Luypt, Mitglied der Nationalversammlung, der geeignete Bewerber für den Münchener Oberbürgermeisterposten sei.

Das Dalmatienföhrden. Ein hübsches Weihnachtsfest erzielte ein Strohhändler aus Sachsenhausen von seiner Schwester aus Amerika. Einem Erbe war ein 30-Dollar sein beilegt, was dem Empfänger große Freude bereitete. Über noch größer war sein Erstaunen, als ihm die Weihnachtskarte beim Umwech ein hierfür 1250 Mark auszahlte.

— Merstein. Eine lachbare Nacht machte der auf dem gegenüber liegenden Kornfeld wohnende Gärtnere Ulrich durch. Der den Kornfeld schützende Sommerdamm wurde von dem Hochwasser so reich überflutet, daß das ganze Gelände bald weichen unter Wasser stand. Ulrich konnte sich aus seinem kleinen Hause nicht mehr retten. Bald stand das Hauschen bis ans Dach unter Wasser. Der Mann rettete sich auf das Dach, wo er unter vergeb-

hohen Hülfsleistungen die Nacht zubachte. Erst am Morgen entdeckte man ihn in seiner furchtbaren Lage und holte ihn in einem Nachen an Land.

Ruhe zur Arbeit.

Der Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker, das sogenannte „Buchdrucker-Parlament“, in dem die Abgeordneten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des deutschen Buchdruckgewerbes die Lohn- und Arbeitsbedingungen gemeinsam festlegen, hat vom 8. bis 12. Dezember in Berlin getagt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen waren wiederum bedeutende Lohnerhöhungen für die Buchdruckergehilfen. Der Tarifauschuss beschloss dann einen Aufruf an das deutsche Buchdruckgewerbe, der in eindringlichsten Worten sich an die Angehörigen beider Parteien, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, wendet. Der Aufruf darf um deswillen öffentliche Aufmerksamkeit beanspruchen, weil er manches sagt, was auch für andere Gewerbe gegenseitig zutrifft. Es heißt so:

Der Tarifauschuss warnt dringend und bittet in dieser schweren Zeit des deutschen Volkes über die eigene Not nicht die noch schlimmere unseres tiefergelegten Vaterlandes und der Gesamtheit des deutschen Volkes zu vergessen und sich dessen bewusst zu sein, daß auch wir Buchdrucker an dieser allgemeinen Not und ihren Folgen an unserem Teile mitzutragen verpflichtet sind.

Von dieser Erkenntnis geleitet, hat sich die Prinzipalvereinigung in deutschen Buchdruckgewerbe bereit gefunden, den von Gehilfenseite gestellten Anforderungen soweit als möglich nachzukommen, während die Gehilfenvereinigung unter Berücksichtigung der schwierigen Lage, in der sich auch ein großer Teil der Prinzipale befindet, von der Verwirklichung weitergehender Forderungen Abstand nahm.

Dem deutschen Buchdruckgewerbe ist der gewerbliche Frieden damit erhalten geblieben. Daß es dabei bleibt und daß unter Gewerbe vor schwerer wirtschaftlicher Schädigung auch für die Folge verschont bleiben möge, dafür haben die Prinzipalität und die Gehilfenchaft ernstlich zu sorgen; beide Parteien zunächst durch unbedingte Befolgung der vom Tarifauschusse gestellten Beschlüsse!

Der Gehilfenchaft insbesondere aber fällt die Aufgabe zu, für die Folge Verhandlungen zu unterlassen, die sich mit der vorliegenden Tariffrage der Gehilfenchaft absolut nicht vertagen und die in den letzten Wochen und Monaten dem Fundament unserer Tarifgemeinschaft schweren Schaden zugefügt haben.

Der Tarifauschuss erwartet von jedem einzelnen und von der Gesamtheit die Erfüllung der tariflichen Disziplin und die unbedingte Achtung des selbstgegebeneu tariflichen Lohngesetzes!

Die Tariforgane sind ausdrücklich verpflichtet worden, einem tarifswidrigen oder tarifbrüchigen Verhalten der Tarifparteien mit der größten Festigkeit zu begegnen, damit dem Gewerbe die zu seiner Gesundung und Erhaltung notwendige friedliche Entwicklung, wie sie durch die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker seitens der Tarifparteien dem Gewerbe gegenüber feierlichst verbürgt worden ist, auch wirklich erhalten bleibt!

Der Tarifauschuss erwartet deshalb auf das bestimmteste die unbedingte Unterlassung alles dessen, was das Gewerbe schädigen und auch in der Gehilfenchaft herabsetzen könnte, und verlangt Tariftreue, von der Prinzipalität sowohl wie von der Gehilfenchaft.

Den Tarifparteien aber rufen wir in einer bittersten Stunde so eindringlich wie möglich zu:

Schützt das Gewerbe, das uns alle auch für die Zukunft ernähren soll!

Stellt aufbauen und steht nicht nieder, was seit Jahrzehnten die Beiden unseres Gewerbes zum Schutz und Trutz unserer Standes- und Lebensinteressen aufgerichtet haben!

Stellt das Gewerbe heben, fördert die Arbeit und trägt dazu bei, daß das deutsche Volk sich aus Not und Elend wieder zum schaffensfreudigsten Kulturvolke der Welt emporarbeiten kann!

Dazu muß vor allem der Frieden in unserm Gewerbe und der deutschen Arbeit erhalten bleiben! Das ist unser Wille! Dazu verwenden wir Buchdrucker unsere ganze Kraft und darauf setzen wir unsere ganze Hoffnung!

Die eingangs erwähnten neuen Vereinbarungen bzw. Lohn-erhöhungen gelten bis 31. März 1920, sind also tarifliches Recht und tarifliche Pflicht. Die Prinzipalität hat dieselben von der Vertragstreue bzw. Tariftreue der Gehilfenchaft abhängig gemacht. Die in den letzten Monaten auch im Buchdruckgewerbe aufgetretenen wilden lokalen Lohnbewegungen (die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker ist bindend für das ganze Reich), die der Tariftreue entgegenhandeln, werden dem Gewerbe in Zukunft wohl erspart bleiben und der so notwendige Frieden ist für die nächste Zeit gesichert zum Wohl beider Tarifparteien.

Um so dringender muß diese gewerbliche Ruhe endlich zu ausgleichlicher Arbeit ausgenutzt werden, als ein neuer gewaltiger Schlag einen großen Teil der Buchdruckereibetriebe, soweit sie nämlich gleichzeitig Zeitungsverleger sind, durch eine einzeln dastehende ungerichtete Sonderbesserung getroffen hat, die sehr vielen Zeitungen geradezu den Todesstoß zu versetzen geeignet ist. Es ist die kürzlich von der Deutschen Nationalversammlung im neuen Reichshausgesetz angenommene Anzeigensteuer. Sie erfüllt alle Zeitungsverleger, kleine und große, mit äußerster bangster Sorge. Um dieser neuen Last — von einer geradezu unheimlichen Preissteigerung auf dem Druckpapiermarkt ab 1. Januar gar nicht zu reden — nur einigermaßen Herr zu werden, haben die leitenden Persönlichkeiten dieser Arbeitgebertreue in der nächsten Zeit ihre ganze Arbeitskraft notwendig für wirtschaftliche Tätigkeit in ihren eigenen Betrieben. Diese Tätigkeit wurde durch die dauernden beunruhigenden Lohnbewegungen und die durch die tagelangen Besprechungen, Sitzungen und Verhandlungen im letzten Jahre nur zu sehr in den Hintergrund gedrängt. Nur bei Ruhe im Gewerbe und auch „im Bau“ haben die Verlagsleiter Zeit zu fruchtbringender Arbeit. Kann der Leiter des Betriebes diese leisten, dann kommt dieselbe mittelbar auch der Arbeiterschaft zugute. Der Akt, auf dem beide Teile sitzen und leben, steht nicht ab, sondern erstarkt und hilft dadurch mit an dem so furchtbar nötigen Aufbau unseres Vaterlandes, damit — wie der Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker so richtig sagt — „das deutsche Volk sich aus Not und Elend wieder zum schaffensfreudigsten Kulturvolk der Welt emporarbeiten kann.“

Bermischtes.

Hochwasser-Meldungen.

In Bingen müssen die Personenzüge nach und nach ihren Weg durch das die Gleise überspülende Abwehrwasser nehmen. Die Räder, deren Wasser ins Staunen geriet, hatte die Anlagen bis an das Schuldäude und die ganze Gerbbaustraße bis einschließlich des unteren Teils des Fruchtmarktes vollständig unter Wasser gesetzt.

In Worms ist der Hofendamm gebrochen. Das ganze Gelände bildet einen einzigen schmutzigen See. Die Häuser stehen im Wasser. Das Hafengebiet ist gefährlich unterpflut.

In Weisenheim zieht sich das Wasser über die Zwerchenplantage und Zell hinaus.

In Simmernhausen, Borch, Borchhausen, Caub mußten wegen der Wassers- und Seelage einige Häuser geräumt werden.

In Mainz, eine der heftigsten Städte am Rhein ist vom Hochwasser furchtbar bedrängt. Die lehmige Wassermasse wölgt sich 1½ Meter hoch durch die Hauptstraße. Alle Hinterwälder sind überschwemmt und die Bewohner mühen in den oberen Stockwerken Unterkommen suchen. Der Verkehr mit den Abgeschnittenen wird durch St. Goarer Posten mit Schuppen aufrecht erhalten.

Boppard. Die Rheinallee und die Anlagen an der Fischbrück sind überschwemmt. In einzelnen Häusern reicht das Wasser bis zu ½ Meter Höhe.

Auf der Stromstraße Boppard — Bacharach haben zahlreiche Schiffern — Kehlenschiffe, die in Süddeutschland mit Schiffern ernannt worden — in den toten Wäldern der Flußschlammungen Schutz gefunden. Den nachfolgenden Einbruch hinterläßt in der Hochwasserlandschaft die Platz bei Raab, die hoch vom Wasser umspült, fröhen und unbewachten den Tagen entgegenzukunft, wo die Wellen ihre Macht angesetzt haben.

Oberlahnstein. Die Rheinalanlagen stehen unter Wasser. Die Durchgänge unter dem Eisenbahnviadukt können nicht begangen werden. Die Häuser und Werke an der Bahn leiden durch das Wasser.

Koblenz. Durch energisches rechtzeitiges Zugreifen konnten alle Lebensmittel aus den unter Wasser gestiegenen Lagerhäusern gerettet werden. In der Stadtratsversammlung bedauerte der Oberbürgermeister, daß Koblenz aus der allgemeinen Not private Vorteile ziehen herauszuheben wolle. Arbeiter hätten für Tagesarbeit 25 Mark, für die Nacht 35 Mark, für Sonntagsarbeit 50 Mark für die Stunde gefordert. Das sei verbrennerisch. Sämtliche Fraktionen sprachen ihre scharfe Mißbilligung aus.

Bendorf. Wegen des Hochwassers mußte der Betrieb des Dr. Ottochen Werkes eingestellt werden.

Udendorf. Das Hochwasser hat am Dienstag die unteren Stockwerke der Häuser in der Rhein- und Mositor-Allee überspült und ist auch weiter vorgedrungen.

Kreisau. Eine Meldung vom Dienstag besagt, daß die Weizenbrenner Insel ganz vom Wasser überflutet ist. Die Rheinalanlagen stehen unter Wasser. Es ist auch bis über die Kirchstraße hinaus gedrungen. Ein Teil des Marktplatzes ist überschwemmt, in der Markstraße reicht das Wasser bis an die Engelsstraße, in der Mittel- und Schloßstraße bis über die Rheinstraße. Der Küstentopf ist fast ganz durch das in den Kanälen vorrückende Wasser überflutet. In den Straßen fahren Rachen und Boote umher. Viel Vieh und Menschen sind verstorben.

Das Lebensmittellager mußte wegen des Hochwassers geräumt werden. Die Vorräte konnten gerettet werden.

Köln. Die Mühlheimer Schiffbrücke ist Dienstag nachmittags 3 Uhr mit der gesamten Mannschaft, die sich auf ihr befand, abgesunken. Der letztere ist jedoch nicht passiert, und die Brücke ist zwischen Hindert und Rheinort aufgefunden und vor Anker gelegt worden. Eine Wohnkammer ist verschunden. Ueber ihren Verbleib ist zurzeit nichts bekannt geworden. Durch die treibenden Bomben der Schiffbrücke wurde das unterhalb der Schiffbrücke befindliche Bootshaus des Vereins für Kanu-Sport losgerissen und zum Sinken gebracht. Mit dem Bootshaus verschwand das gesamte darin befindliche wertvolle Material. Die städtischen Lebensmittelvorräte sind fast sämtlich hochwasserfrei gelagert worden. In einem Keller bei der Firma Stollwerk sind etwa 100 Zentner städtischer Juden verstorben. Infolge des Hochwassers sind vier mit Kartoffeln beladene Schiffe, die für die Stadt bestimmt sind, ausgeblieben.

Duisburg. Durch das Hochwasser ist der Verladebetrieb in den Duisburger Ruhrort Hafen stillgelegt worden. Ein erheblicher Teil der in den Lagern untergebrachten Lebensmittel konnte nicht mehr gerettet werden. Die gesamte Kanalschiffahrt ruht. Bei Homberg ist der Eisenbahnviadukt längs der Rheins gebrochen und das Wasser ergießt sich ins Land. Auch in Hamborn und Wollman hat das Hochwasser schweren Schaden angerichtet.

My Paris, 1. Januar. (Havas.) Der Wasserstand der Seine nimmt ständig zu und ist gestern um 68 Zentimeter gestiegen. Das Wasser hat schon die Bahnhofe der Untergrundbahn erreicht, jedoch teilweise für das Publikum Lauffläche errichtet werden mußten.

„Eine Rheinlage“. Man sagt, daß der ein echter Weiser sei, der sich über sich selbst und seine Lage lustig machen könne. So dachte einer unserer wertvollen Leser, der uns eine Speisefolge der Mittagstafel eines unserer großen Rheinländer, aus der einhundertwunderschönen Zeit vor dem Kriege (1907) vorlegte, nach der die schmachvollsten Bedrückten, die eines Rheinländers Junge erfreuen konnten, zu dem heute fabelhaften Preis von 3 Mark zu erstehen waren. Als diese Speisefolge noch aktuell war, hatte ein harter preussischer Taler allerdings einen anderen Wert als heute: so drei papierne beschmutzte Klappen, die mächtig mit Briefmarkenpapier nordwärts zusammengehalten werden. Wenn der Dichter sagt, die Erinnerung sei das einzige Paradies, aus dem man nicht vertrieben werden könne, so wollen wir an dieses resignierende Wort eines philosophischen Geistes anknüpfend, diesen alten 3-Mark-Spiel einholen nach einmal herein lesen, den Alten zum stillen Gedächtnis an verlorene sommerliche Rheinfahrten und den Jungen als ein Ziel für die kommende Zeit aus innigsten Wünschen. Vielleicht, daß der Idealismus und die Kraft der jugendlichen Generation sich mit dem unermüdbaren rheinischen Optimismus verbindet, um die Zeiten zurückzugewinnen, aus der dieser Speisefolge stammt, der die ganz Jungen unserer Zeitgenossen wirklich wie eine „Rheinlage“ annimmt. Das rheingeschichtliche Dokument lautet:

Mittagstafel 3 Mark!

Hühner-Suppe
Rhein-Fischer
Butter und Kartoffeln
Kostlos an la Godeart
Macaroni-Belagen
Blumenkohl-Belag
Junge Capaunen
Sekt — Dunkelrot
Caroline-Pudding
Käse, Butter, Obst
Nachspeise.

Bunteres Allerlei.

Koblenz. Die amerikanische Militärbehörde veröffentlicht, daß der Kommandierende General den Ärzten der Stadt Koblenz die Erlaubnis erteilt hat, zu ihrem Schutz während der Ausübung ihres Berufs Schuß- oder andere Waffen zu tragen.

Dresden. Im Jahre 1919 sind in Sachsen 146 Zivilisten Opfer von Mordtaten geworden.

Wurgburg. Der Kreisrat beschloß die Einrichtung eines Heberlandwerkes für die ganze Provinz Unterfranken mit einem Aufwand von 75 Millionen Mark.

My Halle, 31. Dezember. Heute vormittag wurde bei der Festnahme zweier Schwereverbrecher ein Kriminalwachmeister erschossen, ein Gefangenenaufseher durch Schüsse schwer verletzt und ein Polizeiwachmeister leicht verletzt. Die beiden Verbrecher, Vater und Sohn, die sich in einem Wagenraum des hiesigen Polizeigefängnisses verdingt und lebhaftes Feuer eröffnet hatten, wurden schließlich durch Maschinengewehrfeuer überwältigt. Man fand beide erschossen vor.

Berlin, 31. Dezember. Zur Vorbereitung der Schaffung einer Einheits-Kurzschrift wurde von den Vertretern der beteiligten Regierungen ein Vorschlag eingelegt. Zur Aufnahme der Arbeiten wurde der Ausschuss vom Reichsminister des Innern auf den 13. Januar einberufen.

My Hamburg, 31. Dezember. Hier wurde der Kaufmann Faust verhaftet, der während der Währungs-Unruhen eine Rolle spielte. Faust ist überführt, Todesurteile von Währungsgeheimen mit dem Namen Faustus unterschrieben zu haben. Faust ist größtenteils gefangen.

Auch die holländischen Zeitungen sind gezwungen, den Bezugspreis wesentlich zu erhöhen. Sie begründen dies mit der sehr hohen Erhöhung der Papierpreise, der Löhne und der Gehälter und mit dem verfallenen Arbeitslohn.

Die Weinachtskäse — heißen goldne Schwäms. 10 bis 15 Pf. mußte für das Pfund bezahlt werden und dabei kam das Fettbippchen obendrein schicklich weg, denn die Weinachtskäse waren im allgemeinen nicht gut zu belien. Wer sich eine „Reinholdsgans“ hielt, freute sich nichts dabei auf. In einem Falle kostete die Gans beim Einkauf 45 Mark, der Reinholdslutterer liquidierte (man ersichere nicht!) 175 Mark und das Gänsechen moq — 8½ Pfund. Hier kam also das Pfund auf nur 26 Mark zu stehen.

My Wien, 31. Dezember. Gestern Abend fuhr der erste Kinderzug mit 550 Kindern nach Heilbrunn ab. Bei der Konfuz, daß die selbst schwer bedrängten deutschen Brüder den Abgang dankte Abgeordneter Winter dem deutschen General-Dienern in der schwersten Not beistehen.

Neueste Nachrichten.

My Berlin, 1. Januar. Zu der Ausherrung der „Täglichen Rundschau“, die heute gehört, daß der Reichspräsident sein Amt niederlegen wolle, weil es ihm unmöglich sei, die Schande der Auslieferung mitzumachen, wird uns von ausländischer Stelle mitgeteilt: Bei dieser Behauptung des genannten Blattes kann es sich nur um ein parteipolitisches Manöver handeln, wozu gerade der „Täglichen Rundschau“ jede sachliche Unterlage fehlen dürfte.

My Hamburg, 1. Januar. Der erste Vossagierdampfer von Amerika, der 13.000 Tonnen dämpfer „Mandurlo“ ist von New York auf der Elbe angekommen. Wegen seines großen Tiefganges ist er bei Altenbruch vor Anker gegangen. Außer Passagieren führt er Stützgut an Bord.

My Prag, 1. Januar. Das Tschecho-Slowakische Pressebüro meldet: Die Besatzung von Ungar-Stationen erklärt die von auswärtigen Blättern verbreiteten Berichte über Vorfälle in Belgrad als eine Erfindung.

My Paris, 1. Januar. (Havas.) Senator Jean Dupuy, Direktor des „Petit Parisien“, ist gestorben.

My New York, 1. Januar. (Havas.) Nachrichten von verschiedenen Zentren melden weitere Todesfälle oder Fälle von Verlust des Augenlichts infolge Genusses denaturierten Sprits oder Holzkohlens, der als Whisky verkauft wurde. Da im Staat New Jersey sechs solcher Fälle vorgekommen sind, hat die Polizei eine Kassa in allen Cabarets veranlaßt und die aßigen Getränke beschlagnahmt.

My London, 2. Januar. Obgleich Deutschland auf Grund des Friedensvertrages nur ermächtigt ist, drei Monate nach der Ratifikation 100.000 Mann unter den Waffen zu halten, schlägt das britische Kriegsministerium die deutsche Zahl der deutschen Soldaten auf ungefähr eine Million, darunter 400.000 reguläre Soldaten, 12.000 Kavallerie, 50.000 bewaffnete Postkassen und ungefähr 500.000 Zeitfreiwillige und Bürgerwehrleute. Die Herabsetzung der Herbeselände geht infolge der gegenwärtigen Lage Deutschlands und der Arbeitslosigkeit nur sehr langsam vor sich.

My Berlin, 2. Januar. (Morgenblätter) Wie dem „Koslanzeiger“ aus Antwerpen berichtet wird, wird dem „Petit Parisien“ aus London gemeldet, daß die Aufgabe, die sich die englische Flotte in der Ostsee gestellt hat, zu Ende sei. Die Admiral-Verwan seine Flottenbasis in Rosyth Ende dieser Woche erreicht haben wird.

Wann „Koslanzeiger“ ist in Holland die Kontrolle für die aus Deutschland kommenden Eisenbahnzüge sehr verschärft worden, um das Eindringen bolschewistischer Elemente zu verhindern.

Der „Koslanzeiger“ meldet aus Thurn: Nach der Bremerberger „Öffentlichen Rundschau“ dürfte die Hebergabe Brontérgs an das polnische Staatswesen voraussichtlich am 17. oder 18. Jan. erfolgen.

Nach dem „Tageblatt“ traf im Vorwinter Hafen das erste Schiff mit schwedischen Erz seit der Bergung der Violette ein.

Erkämpftes Glück.

Von Otto Eister.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ich bekomme ja eine Tasse Tee bei der Geheimrätin, Mama. Aber ich leiste Dir gerne noch ein Viertelstündchen Gesellschaft. Schließt Papa nach?

Ja — er hat wieder starke Schmerzen —

Der Arme.

Ja, es ist ein elendes Schicksal...

Mama...

Ja, ja, Du hast recht, man soll sich nicht beklagen, sondern dem Leben hinhin und mutig entgegengehen, wie Du es getan hast, mein Kind. Dennoch tust Du mir leid...

Nicht doch, Mama, ich fühle mich durchaus glücklich und zufrieden.

Fürs erste, ja, da mag es sein. Aber was soll aus Dir werden? Du kommst doch nicht für Dein ganzes Leben Buchhalterin bleiben.

Weshalb nicht, Mama?

Die Waise ist heute tief auf.

Du willst mich nicht verstehen, Gertrud.

Diese letzte Leise und schelmisch.

Sch verleihe Dich sehr wohl, liebste Mama, Du müdestest mich gerne verheiraten — nicht wahr. Nun, Mama, vielleicht kommt auch in dieser Hinsicht mal ein glücklicher Zufall mir zu Hilfe. Man lernt ja im Geschäftsleben so manchen jungen Herrn kennen, sehr sie schmerzhaft hängen.

Wie zum Beispiel den jungen Schmidt von drüben, spottete die Majorin.

Der ist noch nicht der Schlechteste, Mama.

Gertrud, ich bitte Dich — das kann doch nicht Dein Ernst sein?

Hab nur keine Angst, Mama, noch denke ich nicht an solche Dinge — das hat ja noch Zeit — wenn es überhaupt nötig ist, was ich vorläufig bezweifle. Der junge Schmidt ist nicht gefährlich, Mama. Hebrigens geht er demnächst nach Hamburg.

Gott sei Dank! — doch da ruht Papa.

Sie begab sich in das Nebenzimmer, aus dem die mütterliche Stimme des Majors ertönte. Gertrud trank rasch ihre Tasse Kaffee, dann entfernte sie sich, sie brauchte von dem Vater einen Abschied nicht zu nehmen. Er liebte das nicht und würde nur wieder daran erinnert werden, daß seine Tochter sich in abhängiger Dienender Stellung befand. Das war ihm nach ein Dorn im Auge, obgleich durch den Verzicht Gertruds ihm manche kleine Bequemlichkeit verschafft werden konnte, auf die er sonst hätte verzichten müssen. Er glaubte, Gertrud brauchte ihren Verdienst für sich allein.

Die beiden Frauen ließen ihn bei diesem Glauben.

Die Villa der Geheimrätin Wendelin lag in der Tiergartenstraße, umgeben von einem paradiesischen Garten. Der verstorbenen Geheimrätin hatte sich vor Jahren hier angebaut, nachdem er in Terrainspekulationen und bei großen Bauten ein bedeutendes Vermögen erworben hatte. Er war in der glänzenden Entwicklungsgel Berlin einer der bekanntesten und berühmtesten Baumeister gewesen, ein Glanzkünstler des alten Kaiser, wodurch er viele und große Aufträge erhielt. So ward er ein schwerreicher Mann, der es sich schon gestalten konnte, in der wachsenden Tiergartenstraße sein Heim aufzuschlagen. Jetzt war er seit fünf Jahren tot; seine Witwe bewohnte noch immer die prächtige Villa, allerdings nur das Portico, während der erste und zweite Stock an einen hohen Ministerialbeamten vermißt war.

Frau Geheimrat Wendelin war eine rüstige Aktivistin, klein und geistlich, von großer Beharrlichkeit, die nur das Alter etwas gemindert hatte. Wenn ihr Augenlicht nicht halb erloschen gewesen wäre, jedoch sie nicht mehr allein oder allein auf die Straße gehen konnte, so würde sie es mit jeder sechzigjährigen Frau aufgenommen haben.

Sie empfing Gertrud mit großer Lebensfreude. Es ist gut, daß sie kommen, liebes Kind, sagte sie. Sie können doch hoffentlich heute Abend hier bleiben?

Ja, gnädige Frau — ich habe ganz zu Ihrer Verfügung.

Danke, danke, liebes Fräulein. Ich erwarte nämlich Besuch, meine beiden Töchter mit ihren Kindern, und da möchte ich sie meine beiden Töchter mit ihren Kindern und da möchte ich sie bitten, den Leuten machen und die Mädchen zu überwachen. Oder ist Ihnen dies lieblich? Ich kann es ja nicht verlangen.

Bitte, gnädige Frau. Es wird mich freuen, Ihnen behilflich zu sein.

Danke, danke. Sehr freundlich von Ihnen. Also, es kommen meine Töchter, die Frau Hammerstedt kennen Sie ja, meine andere Tochter, Frau Ober-Regierungsrat von Westen — Sie haben Sie noch nicht kennen gelernt?

Nein, gnädige Frau.

Sie ist sehr stolz auf ihren Oberregierungsrat, der erst vor wenigen Wochen nach Berlin verlegt wurde, meinte die alte Frau

